

Debatte um Windpark-Förderung

Beschlussvorschlag: Bund kommt Ländern entgegen.
Neubau soll aber beschränkt werden können

■ **Berlin** (rtr). Im Streit um das Ausbautempo des Ökostroms nähern sich Bund und Länder an. Die Förderung für neue Windparks an Land soll nur noch um 5 statt wie geplant um 7,5 Prozent gekürzt werden, heißt es im Beschlussvorschlag für das Bund-Länder-Treffen am Dienstag. In dem vorliegenden Papier heißt es zudem, dass ab 2017 jährlich 600 Megawatt an Solarleistung zum Neubau ausgeschrieben werden sollen. Bei Windenergie ist noch keine Zahl festgelegt.

Ferner soll in Gebieten mit Stromnetz-Engpässen der Bau von Anlagen erneuerbarer Energien insgesamt beschränkt werden können. Der Beschlussvorschlag ist nach

mehreren Treffen mit Ländervertretern entstanden und hat deren Vorstellungen nach Angaben aus Regierungskreisen eingearbeitet.

Bis 2025 sollen nach den Vorstellungen der Bundesregierung 40 bis 45 Prozent des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien stammen. Unklar ist aber, wie dieser Korridor getroffen werden soll. Bisher war geplant, dass jährlich je 2,5 Gigawatt Solar- und Windleistung neu installiert werden. Auf Biomasse-Kraftwerke wird nicht mehr gesetzt. Dennoch wird vor allem in der Union befürchtet, dass der Ausbaukorridor übertroffen wird. In den vergangenen Jahren wurden weit mehr als 2,5 Gigawatt zugebaut.